

# PLENUM AKTUELL

6. – 8. Oktober 09

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Enquete-Kommission Migration und Integration endlich auf dem Weg

Nach einigen Irrungen und Wirrungen konnte in der aktuellen Plenardebatte endlich die Enquete-Kommission „Migration und Integration in Hessen“ auf den Weg gebracht werden. Nach langem hin und her schlossen sich die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP nun endlich unserer Initiative an. Mit sehr viel Geduld haben wir bewusst den parteiübergreifenden Konsens gesucht, denn die inhaltliche Zielsetzung mit einer starken sozialdemokratischen Handschrift war uns wichtig.

In der Kommission wollen wir zunächst eine Bestandsaufnahme vornehmen und anschließend die Chancen, Möglichkeiten und Rahmenbedingungen einer erfolgreichen und zukunftsgerichteten Zuwanderungs- und Integrationspolitik untersuchen und bewerten. Es müssen Vorurteile abgebaut und ein respektvoller Umgang miteinander gestärkt werden. Ziel muss es sein, dass wir zu einem gleichberechtigten Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund kommen.

## Gedenkstätten - Erinnerung an Holocaust und Faschismus

### CDU/FDP:

CDU und FDP wollten mit einem Antrag allen Schülern einen Besuch in einer DDR-Gedenkstätte wie Bautzen, Hohenschönhausen oder Point Alpha empfehlen. Dies solle dem heutigen "Trend zur Verklärung des sozialistischen Regime" entgegenwirken.

Gerade CDU-Rechtsaußen Irmer sprach in der Debatte zur DDR-Geschichte und sorgte für eine turbulente Landtagsdebatte. Er attackierte heftig gegen die Linkspartei und verwies auf angebliche Ähnlichkeiten zwischen der rechtsextremistischen NPD und der Linken.

### SPD:

Der Antrag zu Besuchen in Gedenkstätten zur deutschen Teilung greift uns zu kurz, weil selbstverständlich jene Stätten zur Erinnerung an den Holocaust und den Faschismus mit in einen Pflichtbesuch eingeschlossen sein müssen. Unser Sprecher, Vizepräsident Lothar Quanz, verdeutlichte in einer vielbeachteten Rede, dass das Unrechtsregime in der DDR eine Folge des Faschismus sei und deshalb müssten selbstverständlich in die Erinnerungskultur beide dunklen Kapitel der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts einbezogen werden. Dabei dürfe die Einmaligkeit der Barbarei des Holocaust nicht vergessen werden. Erinnerungen müssten wach gehalten werden und die konsequente Lehre daraus müsse sein:

**Alle Schülerinnen und Schüler sollen nach dem Willen der SPD im Laufe ihrer Schulzeit mindestens eine Gedenkstätte zur Erinnerung an das „Dritte Reich“ und eine Gedenkstätte bezogen auf die deutsche Teilung besuchen.**

## Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Beamten

Die Polizeigewerkschaften beklagen zunehmend, dass Respektlosigkeiten, Beleidigungen und Übergriffe gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten immer mehr zunehmen. Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen belegen die ernstzunehmende Entwicklung und Gefährdung von Polizisten.

Wir haben daher einen Antrag eingebracht, um einen besseren Schutz für Polizeibeamte,

Feuerwehrlaute und Rettungskräfte vor Angriffen zu erreichen. Das Thema "Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte" muss bei den Innenministern oberste Priorität genießen. Nach unserem Willen sollen, auf der Basis eines aktuellen Lagebildes, schnellstens Umsetzungsvorschläge erarbeitet werden. Dabei sollen auch die Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen einbezogen werden.

### **Ausbau der Schulsozialarbeit – Land zieht sich aus Verantwortung**

#### **CDU/FDP:**

Während im letzten Jahr der geschäftsführenden Kultusminister Banzer eine Drittelfinanzierung für die Schulsozialarbeit angekündigt hat, rudert die derzeitige Ministerin Henzler zurück und will sich aus der Verantwortung ziehen. CDU/FDP wollen, dass allein die Kreise und Kommunen zuständig sind. Außerdem könnten die Schulen zukünftig aus ihrem Budget selbst Stellen für Schulsozialarbeiter zahlen.

#### **SPD:**

Der Ausstieg des Landes bei der Schulsozialarbeit ist ein bildungspolitischer Skandal und ein Schlag ins Gesicht für alle Schulen und Schulträger, die sich auf die damalige Aussage von Banzer, der im Wahlkampf noch eine Drittelbeteiligung des Landes an den Kosten zugesagt hatte, verlassen haben.

Das ist Wortbruch im doppelten Sinn: Zum einen verwehrt man den Kindern und Eltern die versprochene Unterstützung in schwierigen Lebensphasen. Zum anderen haben sich bereits Landkreise auf den Weg gemacht, um in den Schulen die wichtige Schulsozialarbeit zu organisieren, und sie haben sich dabei auf die zugesagte Drittelfinanzierung zwischen Land, Schulträger und Standortgemeinde verlassen. Dies ist ein unglaubliches Vorgehen auf dem Rücken der Kinder und verhindert das flächendeckende Angebot der wichtigen Schulsozialarbeit.

### **Nicht am Atomausstieg rütteln**

### **Keine Laufzeitverlängerungen für Biblis A und B**

#### **CDU/FDP:**

Die Atomindustrie feiert den schwarz-gelben Wahlsieg und allein die Ankündigung von CDU/FDP, den Atomausstieg zurückzunehmen, hat für einen Sprung bei den Aktienkursen der großen Stromkonzerne geführt. Kein Wunder, können sich die Zusatzlöhne auf über 200 Milliarden Euro (25 Jahre) summieren. Es geht einzig und allein um schönen Mammon, dafür werden leichtfertig sogar Laufzeitverlängerung der Pannreaktoren Biblis und Krümmel gefordert. CDU/FDP machen sich zum Handlanger der Atomlobby.

#### **SPD:**

Der 1999 zwischen Bundesregierung und Energiekonzernen vereinbarte Atomkonsens darf nicht angetastet werden. Wir müssen raus aus dieser Hochrisikotechnologie, weil wir sie nicht beherrschen und unseren Kindern nicht den strahlenden Restmüll vor die Füße kippen dürfen.

Die beiden Blöcke A und B des Atomkraftwerks Biblis gehören zu den ältesten Reaktoren in Deutschland. Ihre Betonhüllen sind dünner als die neueren Atomkraftwerke; es fehlt eine externe Notstandswarte, die bei Unglücken eine Steuerung von außen ermöglicht. Die Gesamtkonzeption ist veraltet und entspricht nicht mehr dem neuesten Stand.

Schwarz-Gelb muss mit erheblichem Widerstand im Parlament und in der Gesellschaft rechnen, wenn sie die Atomkraftwerke über das Jahr 2021 hinaus am Netz halten wollen. Um den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren und die Energiewende zu sichern, muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz weiter gefördert werden. Jedes Aufweichen des Atomausstiegs zerstört die Investitionssicherheit dieser Zukunftsbranchen, gerade auch in der Region Nordhessen.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde

[www.nordhessenrunde.de](http://www.nordhessenrunde.de)